



Ausgabe 03/2013

13. Februar 2013

## Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

### GdP zum Gedankenaustausch bei der Landtagsfraktion der Freien Wähler

Die stv. Landesvorsitzenden Peter Schall, Karin Peintinger und Gerhard Knorr sowie GdP-Finanzvorstand Jürgen Schneider besuchten Anfang Februar die Landtagsfraktion der Freien Wähler, um wenige Monate vor den wichtigen Wahlen im Bund und in Bayern die sicherheitspolitischen Eckpfeiler der Freien Wähler abzuklopfen. FW-Bundes- und Landesvorsitzender Hubert Aiwanger ließ in seinem Eingangsstatement weitgehende Sympathien für die Arbeit der Bayerischen Polizei erkennen und bestätigte die Ansicht der GdP, dass die Ausstattung und die Stellensituation der Bayerischen Polizei durchaus verbesserungswürdig sei. Neben ihm nahmen an dem Gespräch Joachim Hanisch, Vorsitzender des Innenausschusses im Landtag, Peter Meyer, Vizepräsident des Bayer. Landtags und MdL Bernhard Pohl teil.

In angenehmer Atmosphäre entstand ein kurzweiliger Gedankenaustausch, bei dem überraschend viele Gemeinsamkeiten zu Tage traten. So warb die GdP intensiv um Kontinuität bei der Personalentwicklung und um mehr Transparenz bei der Stellenverteilung, was die Freien Wähler rückhaltlos unterstützten. Einigkeit erzielte man auch in maßgeblichen Themen wie der Vorratsdatenspeicherung, Kennzeichnungspflicht und Bekämpfung der Modedroge Crystal Speed sowie der rechtlichen Eingrenzung von Gewalt gegen Polizeibeamte.

Thematisiert wurde von Seiten des stv. Landesvorsitzenden Peter Schall die Problematik um den Sachschadensersatz und die Anerkennung von Dienstunfällen. Er monierte hier die restriktive Vorgehens-

#### V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Bayern  
Satz und Layout: Markus Wimmer  
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de  
Telefon: 089/578388-50  
Telefax: 089/578388-9050

weise des Dienstherrn, über das betroffene Kolleginnen und Kollegen oft nur den Kopf schütteln könnten. Landtagsvizepräsident Meyer bat darum, ihm entsprechende Vorkommnisse z.B. als Petition zukommen zu lassen, damit dieses Vorgehen zum Wohle der Kollegenschaft geändert werden könne.

zenden Karin Peintinger am Stellenabbau im Tarifbereich. Der Stellenanteil Tarif sei von 12,5 auf 11,5 % der insgesamt knapp 40.000 Polizeibeschäftigten zurückgegangen, so Peintinger. Dies könne angesichts der Fülle an wichtigen und verantwortungsvollen Aufgaben, die sich auch im Arbeitnehmerbereich durch die Poli-



V.l.: Jürgen Schneider, Gerhard Knorr, Hubert Aiwanger, Peter Schall, Karin Peintinger, Bernhard Pohl, Joachim Hanisch, Peter Meyer

Die volle Zustimmung der GdP fand die Einschätzung des Innenausschussvorsitzenden Hanisch, dass die Polizei in der Fläche stärker präsent und erreichbar sein muss. Gerade die Landdienststellen, so stv. LV Knorr, hätten oft starke Probleme, den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten. Dienststellen seien oft chronisch unterbesetzt, bei krankheitsbedingten Ausfällen müsste so mancher Kollege mehrmals hintereinander nachts Dienst leisten. Hanisch versprach, hier im regelmäßigen Dialog mit dem Innenministerium weiter personelle Verbesserungen zu erreichen.

Erstaunt zeigten sich die FW über die Dimension der Kritik der stv. Landesvorsit-

zeireform vermehrt haben, nicht sein. Die Bezahlung ist in vielen Fällen im Vergleich mit der Privatwirtschaft auch nicht mehr konkurrenzfähig.

Zuletzt brachte GdP-Finanzvorstand Jürgen Schneider noch das Thema Ausstattung auf die Agenda: Schneider erläuterte den FW, dass die Dienstwaffe P7 ein Auslaufmodell und am Markt nicht mehr erhältlich sei, zudem treten beim Schießen inzwischen immer wieder einmal Störungen und Defekte auf. Er forderte hier die Unterstützung der FW, die Bayerische Polizei zeitnah mit einer moderneren Dienstwaffe auszustatten. Eine Anhebung des Dienstkleidungszuschusses ist ebenfalls dringend notwendig.



## Bundesbeiratsitzung in Potsdam unter bayer. Beteiligung

Wie bereits in der Green News 01/2013 berichtet, mussten nach dem Ausscheiden von Hugo Müller (Saarland) und Frank Richter (Nordrhein-Westfalen) als stv. Bundesvorsitzende in der Bundesbeiratsitzung am 10. Januar 2013 in Potsdam diese Positionen neu gewählt und besetzt werden. Delegierte aus allen GdP-Landesbezirken wurden daher nach Potsdam zu einer Bundesbeiratsitzung eingeladen, um entsprechende Nachfolger zu wählen. Martin Lehner, Stv. Landesvorsitzender, Peter Pytlik, Landesschulungsbeauftragter, Clemens Murr, BG-Vorsitzender BePO, Helmut Frey, stv. Bezirksvorsitzender BG Mittelfranken und Karin Peintinger, stv. Landesvorsitzende (Tarif) waren die fünf stimmberechtigten Delegierten aus Bayern. Oliver Malchow (Schleswig-Holstein) und Arnold Pickert, (Nordrhein-Westfalen) wurden als neue stv. Bundesvorsitzende



**Bild: v.re.nach li: Martin Lehner, Peter Pytlik, Clemens Murr, Helmut Frey, Karin Peintinger bei der Stimmabgabe**

von 79 Delegierten gewählt. Neben diesen Wahlen wurden Jörg Bruchmüller (Hessen) als Bundesschriftführer und Rüdiger Seidenspinner (Baden Württemberg) als neues Mitglied in den GBV berufen.

Neben den Wahlen ergab sich für unsere 5 bayerischen Vertreter ausreichend Gelegenheit, um sich mit anderen GdP-Verantwortlichen auf Bundesebene auszutauschen und Gemeinsamkeiten bei gewerkschaftspolitischen Problemfeldern festzustellen. Wie sich doch in mancherlei Hinsicht die Arbeit gleicht...

## Herrmann nach Besuch bei amerikanischen Sicherheitsbehörden in Washington: Zusammenarbeit mit den USA intensivieren

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 08.02.2013

Bayern strebt eine deutlich intensivere Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Sicherheitsbehörden insbesondere bei der Bedrohung durch Internetkriminalität und Cyberangriffe an. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sagte nach seinem dreitägigen Besuch in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington und Gesprächen mit dem FBI, dem Departement of Homeland Security, dem amerikanischen Justizministerium, dem National Security Council und im Pentagon: „Ich habe den US-Ministerien für Heimatschutz und für Justiz einen Projektvorschlag vorgelegt, wie der Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Internetkriminalität verbessert werden kann. Ich war mir mit allen meinen amerikanischen Gesprächspartnern einig, dass Internetkriminalität, Datenklau und Cyberangriffe eine neue Dimension erreicht haben. Wir wollen deshalb die gegenseitige Kenntnis über Strukturen und Arbeitsweisen in der Internetkriminalität verbessern und bestehende Kontakte ausbauen.“

Zum Projekt, das Herrmann unter anderem der stellvertretenden Ministerin für Homeland Security, Jane Holl Lute, vorgeschlagen hat, gehört zum einen der Austausch von Informationen über aktuelle Bedrohungen durch Internetkriminalität und Cyberangriffe auf öffentliche und private IT-Netzwerke. Darüber hinaus soll die gegenseitige Kenntnis von Strukturen und Vorgehensweisen der für Cyberfragen zuständigen Behörden verbessert werden. Relevante Dienststellen in Bayern und den Vereinigten Staaten sollen ihre Zusammenarbeit ausbauen und weiter verbessern. Sie sollen außerdem Informationen über politische Planungen und Vorhaben im Bereich Internetkriminalität und Cybersicherheit austauschen. Nach bayerischen Vorstellungen sollen noch in diesem Jahr Cyberexperten aus Bayern in den USA Einrichtungen besuchen und Kontakte zu US-Experten knüpfen. Die stellvertretende Ministerin für Homeland Security, Jane Holl Lute, bot ihrerseits an, über die Funktionsweise

von MS-ISAC zu informieren, einem Zusammenschluss zwischen US-Bundesstaaten, Städten und Gemeinden, um die Computer- und Netzsicherheit zu verbessern. MS-ISAC arbeitet eng mit der Privatwirtschaft und dem Departement of Homeland Security zusammen.

Herrmanns Fazit nach seiner Amerikareise: „Die Cyberattacken auf militärische und zivile Ziele sind massiv gestiegen. Unsere amerikanischen Partner stellen bis zu 100.000 Versuche und Angriffe täglich fest. Das öffentliche Bewusstsein für diese Gefahren sowohl im Bereich der öffentlichen Infrastruktur als auch bei Privatfirmen ist noch extrem unterentwickelt. Wir wollen gemeinsam noch stärker herausfinden, welche Strategien und welche Akteure hinter den häufigen Angriffen auf westliche Ziele in Bayern wie in den USA gesehen werden. Darüber hinaus wollen wir Strukturen und Arbeitsweisen der Strafverfolgungsbehörden optimieren.“





## GdP: Verfassungsschutz ist und bleibt tragendes Element in deutscher Sicherheitsarchitektur

Der Verfassungsschutz ist und bleibt nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein tragendes Element in der deutschen Sicherheitsarchitektur. Mögliche Versäumnisse im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus, so GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut am heutigen Dienstag in Berlin, könnten nicht über eine Jahrzehnte auch erfolgreiche Arbeit der Verfassungsschutzbehörden hinwegtäuschen. Das gelte für die Verhinderung islamistischer Anschläge ebenso wie für die Aufklärung und das Verbot von insgesamt 23 rechtsextremistischen Organisationen seit dem Jahr 2000. Witthaut: „Eine Abschaffung der Verfassungsschutzämter, wie in der Debatte über die Aufklärung der NSU-Verbrechen wiederholt gefordert wurde, lehnt die Gewerkschaft der Polizei ab.“

Die Verbote rechtsextremistischer Organisationen seien nur möglich gewesen, „weil zuvor engagierte Kolleginnen und Kollegen der Justiz, der Polizei und eben des Verfassungsschutzes koordiniert zusammengewirkt hatten“, führte der GdP-Chef fort.

Vor dem Hintergrund zunehmender extremistischer Bestrebungen müsse es, so Witthaut, vor allem darum gehen, den Verfassungsschutz zu stärken und für künftige Aufgaben und Herausforderungen zukunftsfähig zu machen. Der GdP-Bundesvorsitzende: „Wer den föderalen Aufbau der Bundesrepublik auch im Bereich der Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben will, der muss sich zur Struktur von Bundesbehörden und sechzehn Landesbehörden bekennen.“ Überlegungen, mehrere Landesverfassungsschutzämter zusammenzulegen und unter die parla-

mentarische Kontrolle aus einem Landesparlament zu stellen, widersprächen hingegen dem Föderalismus und seien keineswegs eine Stärkung parlamentarischer Arbeit.

Zudem dürfe auch künftig nicht auf den Einsatz von V-Leuten verzichtet werden, ergänzte der stellvertretende GdP-Bun-

Leuten würden somit gefährdet, sagte Malchow.

„Im Bereich der Gefahrenabwehr gibt es immer wieder Situationen, wo es für die Polizei nicht zielführend ist, allein eine Hundertschaft zu mobilisieren und eine Razzia durchzuführen. Das gelte im Übrigen auch für Fußball-Straftäter in Ultra-



GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut (Mitte) und stv. BV Oliver Malchow bei einer Bundespressekonferenz zum Verfassungsschutz

desvorsitzende Oliver Malchow: „Die Aufklärung von Tätigkeiten und Strukturen klandestiner Organisationen, Netzwerke sowie taktisch agierender extremistischer Vereinigungen lässt sich nur erfolgreich umsetzen, wenn man auf Personen aus diesem Umfeld zurückgreifen kann.“ Das Veröffentlichen der Klarnamen von V-Leuten bereits auf der Ebene von Innen- und Verfassungsschutzausschüssen lehnt die GdP ab. Leib und Leben von V-

oder Hooligan-Gruppierungen sowie für Personen, die unter dem Fan-Deckmantel beispielsweise extremistische Taten planen und begingen.

Die GdP präsentierte Ende Januar auf einer Bundespressekonferenz in Berlin ein eigenes Positionspapier zum Thema Verfassungsschutz unter dem Titel „Den Verfassungsschutz stärken. Parlamentarische Einflussmöglichkeit verbessern. Das Vertrauen zurückgewinnen.“

Das GdP-Positionspapier kann auf der Homepage der GdP Bund heruntergeladen werden:

[http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE\\_Positionspapier-Verfassungsschutz/\\$file/GdPPospapier\\_Verfassungsschutz.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_Positionspapier-Verfassungsschutz/$file/GdPPospapier_Verfassungsschutz.pdf)



**Gut,**  
**dass es sie gibt.**

**Gewerkschaft**  
**der Polizei**



# Einladung zu den 19. Internationalen offenen Polizeiskimeisterschaften alpin/nordisch

der Gewerkschaft der Polizei Service GmbH  
vom 15. – 17. März 2013 in Ofterschwang



GdP Service GmbH

19. INTERNATIONALE OFFENE  
**POLIZEISKI-  
MEISTERSCHAFTEN**  
OFTERSCHWANG IM ALLGÄU

